

Presseinformation

Die KAB setzt sich vielerorts für mehr soziale Gerechtigkeit in unserer Gesellschaft ein. Die Befähigung jedes Einzelnen zur Mitwirkung und Mitgestaltung eines gerechteren Miteinanders ist von Beginn an das Ziel unseres Verbandes gewesen und wird weiterhin bleiben.

Soziale Gerechtigkeit ist eine Frage der Eigenverantwortung und der Solidarität!

„Die KAB hat im vergangenen Jahr den Krefelder Beschluss mit dem Titel „Arbeit. Macht. Sinn.“ gefasst. In Anlehnung an Papst Franziskus und dessen Enzyklika *Laudato Si* wird das (globale) wirtschaftliche System eines vorherrschenden Finanzkapitalismus, der durch marktradikale Ideen gekennzeichnet ist, kritisiert und die Forderung formuliert, für eine Postwachstumsgesellschaft und mehr Verteilungsgerechtigkeit einzutreten“, erklärt **Andreas Hippe**, Vorsitzender des KAB Diözesanverbandes Hildesheim.

„Wir leben mit unseren Gewohnheiten nicht über unsere Verhältnisse, sondern über die Verhältnisse des globalen, armen Südens. Unser individuelles Verhalten trägt auch dazu bei – beispielweise beim Kauf von Kleidung, Lebensmitteln oder gar technischen Geräten, dass wir unmenschliche Arbeitsbedingungen, Umweltverschmutzungen und Ausbeutung letztlich mit verantworten müssen. Wenn Papst Franziskus sich also zu Recht über eine Globalisierung der Gleichgültigkeit beschwert, müssen wir nicht nur nachdenken, sondern aktiv zu handeln beginnen. Das beginnt bei jedem Einzelnen von uns. Eine Änderung unserer Gewohnheiten, die durch veränderte individuelle Handlungsweisen einige Weltkonzerne spüren lässt, dass wir nicht bereit sind, die Folgen der Produktionsweise sowie des rücksichtslosen Profitdenkens zu unterstützen, ist in der Lage etwas zu verändern. Dazu braucht es aber viele Menschen, die hier ernsthaft hinterfragen, was eigentlich alles hinter einem Produkt steht.“

Als christlicher Sozialverband betont die KAB die Verantwortung jedes einzelnen vor seinem Nächsten und Gott, aber auch die Solidarität unter den Menschen. Menschenwürdige Arbeit ist für die KAB dabei ein zentraler Stellenwert – weltweit, wie aber auch bei uns.

Hippe dazu: „Wir fordern daher, dass sich die Politik mit prekären Arbeitsverhältnissen, mit Werkverträgen, sachgrundlos befristeten Arbeitsverträgen, Kettenverträgen und Leiharbeit aktiv beschäftigt und letztlich durch eine angemessene Gesetzgebung für mehr soziale Sicherheit und Mitbestimmung aller Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer sorgt. Hier hätten wir uns mehr Mut in den Verhandlungen zur Großen Koalition gewünscht. Aber auch Betriebe können vor Ort ein Zeichen setzen und sich für eine Praxis einsetzen, die mehr Zukunftsperspektive für ihre Beschäftigten bringt.“

Diözesansekretariat

Domhof 18-21
31134 Hildesheim

☎ 05121 307 446/8

IBAN: DE97 4006 0265
0034 0275 00

www.kab-hildesheim.de
e-mail: kab@bistum-hil-
desheim.de

16. Februar 2018

